



+++++++ info-baskenland.de dokumentiert +++++++

Spanien verbietet erneut baskische linke Organisationen

Anmerkungen zur Geschichte und Gegenwart
des spanisch-baskischen Konflikts

Weitere baskische Parteien und baskische Bürgerrechtsorganisation verboten:

Eine Schande für Europa

Anmerkungen von Uschi Grandel, 21. September 2008

Innerhalb von drei Tagen – vom 16.-19. September 2008 – hat die spanische Justiz zwei baskische Parteien und eine baskische Bürgerrechtsorganisation verboten und 21 Bürgerrechtsaktivisten zu insgesamt mehr als 200 Jahre Haft verurteilt.

Alle drei Organisationen haben bislang ihre politische oder Bürgerrechtsarbeit friedlich, mit demokratischen Mitteln umgesetzt. Unter einer Rechtsprechung, die rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet ist - nach geltendem Demokratieverständnis in Europa selbstverständlich - wäre es nicht einmal zu einer Anklage gekommen, auch nicht in Spanien.

Terroristen ohne Waffen

Alle drei Organisationen wurden jedoch von Sondergerichten unter Anwendung spezieller Sondergesetze abgeurteilt. Diese gelten immer dann, wenn das Zauberwort „*Terrorismusverdacht*“ ins Spiel kommt. Als Begründung erklärten die Richter die Organisationen zu Bestandteilen der bewaffneten baskischen Organisation ETA (*Euskadi Ta Askatasuna, Baskenland und Freiheit*) und damit zu „*Terroristen ohne Waffen*“.

Unter Franco zum ersten Mal verboten



Verboten wurde die fast 80-jährige, antifaschistische Partei **EAE-ANV** (*Baskisch patriotische Aktion*). Sie stellt derzeit 437 Stadt- und Gemeinderäte, sowie 45 Bürgermeister, obwohl in den Kommunalwahlen 2007 viele ihrer Listen verboten worden waren. Ironie der Geschichte ist, dass Initiatorin des Verbotsprozesses die spanische Regierung und damit ausgerechnet die *PSOE* (*Spanische Sozialistische Arbeiterpartei*) ist. *PSOE* und *EAE-ANV* waren beide Bündnispartner in der letzten demokratischen Regierung vor dem Militärputsch Francos. 550 Mitglieder der *EAE-ANV* starben im spanischen Bürgerkrieg im Kampf gegen den Faschismus. Die *EAE-ANV* wurde

von Franco nach dessen Sieg 1939 verboten. Seit 1977 war die Partei wieder legal. Im Januar 2008 wurden ihre Aktivitäten vorläufig suspendiert, um ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen im März zu verhindern. Seit 16. September 2008 ist die *EAE-ANV* wieder verboten. Ihr heutiger Vorsitzender Kepa Bereziartua bemerkte auf einer Pressekonferenz zum Verbot seiner Partei bitter, dass die Begründungen der Verbote damals und heute sich zwar im Wortlaut, aber nicht im Inhalt unterscheiden.



Verboten wurde die erst 2002 gegründete kommunistische Partei **EHAKE-PTV** (*Kommunistische Partei der Baskischen Territorien*), in der sich etliche linke Gewerkschafter organisieren. Sie ist seit den Parlamentswahlen von 2005 mit neun Angeordneten im baskischen Regionalparlament vertreten.

Verboten wurde die Bürgerrechtsbewegung **Gestoras pro Amnistia – Askatasuna**, die seit 1975 im Baskenland staatliche Unterdrückung und Gewalt anprangert und Solidarität mit den derzeit 750 baskischen, politischen Gefangenen organisiert. *Gestoras* ist im Baskenland eine Massenorganisation mit Tausenden von Mitgliedern. Sie ist in fast allen Dörfern und Städten präsent.



Angriff auf demokratische Rechte

Wir müssen nicht erst nach Spanien schauen, um zu sehen, wie gierig gewählte bürgerliche, „demokratische“ Regierungen die Angst vor dem Terrorismus benutzen, um Gesetze durchzusetzen, die den Handlungsspielraum für basisdemokratische und damit unerwünschte, politische Gesinnung einschränken. In Deutschland steht solchen Vorhaben derzeit oft noch das Bundesverfassungsgericht im Weg. Einige Versuche des deutschen Innenministers Schäuble, Demokratie per Gesetz zu strangulieren, wurden so abgewiesen.

In Spanien ist die Verbotsorgie der letzten Woche ein Beleg dafür, dass die Zusammenarbeit zur Beschneidung demokratischer Rechte zwischen Politik und Sonderjustiz reibungslos funktioniert, zumindest was die Sonderbehandlung der Basken betrifft.

Ein politischer Konflikt benötigt eine politische Lösung

Das Problem im Baskenland ist nicht, dass dort ein paar abstruse Separatisten am Werk sind, die sich aus unverständlichen Gründen von Spanien trennen wollen. Der spanisch-baskische Konflikt ist ein alter Kolonialkonflikt mitten in Europa. Basken sind keine Spanier, die baskische Sprache und Kultur gehört zu den ältesten in Europa. Römische, spanische und französische Herrscher in vergangenen Jahrhunderten haben den Basken stets ihre Eigenständigkeit garantiert.

Erst der großspanische Nationalismus, am schlimmsten in der Ausprägung der faschistischen Franco-Diktatur, versuchte, den Basken mit Gewalt ihre Identität auszutreiben. Während der „*Transición*“, dem Übergang der Diktatur zum heutigen Spanien, wurde die Chance auf eine Lösung des spanisch-baskischen Konflikts verpasst. Es gab ein paar Autonomieversprechen für die konservativen Regierungen der beiden baskischen Gebiete auf spanischer Seite - *Nafarroa* (*Navarra*) und *CAV* (*Comunidad Autonoma Vasca*). Auf das damals versprochene Referendum zur Vereinigung dieser beiden Gebiete warten die Basken noch heute.

Seither reagiert der spanische Staat auf die baskische Forderung, über ihr Schicksal unter Einbeziehung aller baskischen Provinzen selbst entscheiden zu wollen, mit mehr oder weniger verhüllter Gewalt. In den 80er Jahren schickte die spanische Regierung Todes-

schwadronen. Nach dem Scheitern dieser als „*schmutziger Krieg*“ in die Geschichtsbücher eingegangenen Taktik wird nun über die Zusammenarbeit von Polizei, Politik und Justiz das Konzept einer quasi legalisierten Unterdrückung umgesetzt.



Das Baskenland und der spanisch-französisch-baskische Konflikt

„Nach einem Jahrhundert fast ununterbrochenen Konflikts im Baskenland muss man feststellen: die Basken sind keine Spanier oder Franzosen, sondern ein eigenes Volk, mit eigener Sprache, eigener Kultur und Vorstellungen für die Zukunft, die sehr verschieden von denen ihrer Nachbarn sind.“

(„Matxinada, Basque Nationalism and ... Youth Movements“, Eoin O’Brien, Irish Basque Committees, 2008)



Bild: http://www.eke.org/euskal_herria/

Es umfasst etwa 20.000 km² und hat eine Bevölkerung von ca. 3 Millionen.

Blau eingezeichnet sind die drei Provinzen Lapurdi, Nafarroa Beherea und Zuberoa, die sich unter französischer Verwaltung befinden.

Unter spanischer Herrschaft bilden die drei rot markierten Provinzen Bizkaia, Gipuzkoa und Araba als *Comunidad Autonoma Vasca* eine Einheit. Nafarroa (Navarra, gelb) gehört ihr nicht an und wird separat verwaltet.

UN Vertreter warnt vor Ausweitung des Terrorismusbegriffs

Unter dem Deckmäntelchen der Terrorismusbekämpfung wurden so in den letzten zehn Jahren neue Rahmenbedingungen geschaffen. Das Parteiengesetz wurde im Jahre 2002 angepasst, damit es als Sondergesetz gegen alle die baskischen Parteien verwendet werden konnte, die nicht die offizielle spanische Lesart des spanisch-baskischen Konflikts unterstützen. Die besagt, dass es keinen politischen Konflikt gibt, sondern die Gewalt der ETA das einzige Problem sei. Das Parteiengesetz verlangt eine explizite Distanzierung von der Gewalt. Die Parteien der baskischen linken Unabhängigkeitsbewegung, der *Izquierda Abertzale*, sehen die ETA als Folge des politischen Konflikts und Gewalt auf beiden Seiten, ursächlich für den Konflikt jedoch die Gewalt des spanischen Staates. Sie lehnen Distanzierungen ab und fordern einen Prozess der gemeinsamen Konfliktlösung.

Verhandelt werden Parteiverbotsprozesse im *Tribunal Supremo*, Spaniens oberstem Gericht, vor einer speziell hierfür eingeführten Sonderkammer, die Verantwortung obliegt einem speziell hierfür eingesetzten Richter. Im Sondergerichtshof *Audiencia Nacional*, zuständig für Terrorismusanlagen, wurden über die Jahre unbequemen Richtern, die in der Vergangenheit nicht einfach politische Urteile sprachen, die Zuständigkeit entzogen.

Im Mai 2008 warnt der *UN Sonderbeauftragte für Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung*, *Martin Scheinin*, nach einem Spanienbesuch, dass die Gefahr bestehe, dass Spanien den Terrorismusbegriff auf Handlungen ausdehne, die nichts mit Terrorismus zu tun haben. Er fordert die spanische Regierung auf, ihre Strafgesetzgebung (Artikel 572-580) durch unabhängige Experten überprüfen zu lassen, eine Ohrfeige für die spanische Regierung.

Stattdessen beschleunigt die spanische Regierung das Verbotsskarussell, so dass nun

keine einzige Partei aus dem Spektrum der linken Unabhängigkeitsbewegung zu den nächsten Kommunal- und Regionalparlamentswahlen kandidieren kann. Mindestens 200.000 Wählern wird so ein elementares, demokratisches Recht genommen.

„Es geht schlicht und einfach um die nötige Information“

Eigentlich sollte es auch in Deutschland selbstverständlich sein, über den unerklärten Ausnahmezustand im Baskenland zumindest zu berichten. Stattdessen werden die gravierenden Demokratieverletzungen in unseren Medien entweder ignoriert oder mit dem Kampf gegen den Terrorismus entschuldigt. Wenige Ausnahmen bestätigen das generelle Schweigen.

Lieber berichten die Medien über die Anschläge der ETA. Wobei unerwähnt bleibt, dass die spanische Regierung den bewaffneten Konflikt dadurch eskaliert, dass sie baskischen Organisationen immer mehr politischen Spielraum entzieht. Eine Lösung des Konflikts wird so immer schwieriger.

Karmelo Landa, ehemaliger Europa-Abgeordneter von Batasuna, erklärt in einem Interview im Februar 2008, wie schwierig es unter den bestehenden Bedingungen ist, überhaupt auf die Situation im Baskenland aufmerksam zu machen:

"Wir werden noch viele Hindernisse überwinden müssen, bis wir in Strassburg und in Europa im Allgemeinen erfolgreich bekanntmachen, was hier passiert. Es ist deshalb schwierig, weil wir sofort, wenn wir eine Pressekonferenz oder ein Interview wie dieses geben, im Gefängnis landen. Es geht gar nicht um politische Propaganda, es geht schlicht und einfach um die nötige Information."

Am Tag darauf wird er wegen verbotener politischer Betätigung verhaftet und sitzt seither in Untersuchungshaft, die in Fällen des Terrorismusverdachts bis zu vier Jahre dauern kann.



Ausgerechnet auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung haben Merkel und Zapatero im Frühjahr 2008 bei ihrem Treffen auf Mallorca eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Das ist Anlass zur Sorge. Der quasi legalisierte Entzug demokratischer Rechte im Baskenland könnte leicht zur Blaupause für Demokratieabbau hierzulande werden.

Zyniker könnten anmerken, die deutsche Unterstützung des spanischen Terrorismus gegen das Baskenland habe schließlich Tradition. Hitlers Luftwaffengeschwader *Legion Con-*

dor hatte im spanischen Bürgerkrieg im April 1937 die baskische Stadt *Gernika* (spanisch *Guernica*) auf Wunsch Francos in Schutt und Asche gelegt.

Eine irgendwie geartete Verpflichtung zur Hilfe bei der Lösung des spanisch-baskischen Konflikts leitet die deutsche Regierung hieraus jedoch nicht ab.

Desinformation in den Medien – ein Beispiel aus der SZ

Selbst in Medien wie der Süddeutschen Zeitung, die innenpolitisch in der Regel ein wachsameres Auge auf den Zustand der Demokratie hat, ist zum Thema Baskenland Desinformation angesagt. Ein Blick auf einen ausführlichen Bericht vom 19. September 2008 zu den jüngsten Verboten soll als Beispiel dienen.

Bereits die Überschrift *„Die ‚heimatliebende‘ Linke wird heimatlos“* zeigt die Voreingenommenheit des SZ-Spanien-Berichterstatters *Javier Cáceres*. *„Heimatliebende Linke“* ist eine eher seltsame Übersetzung der spanisch-baskischen Bezeichnung *„Izquierda abertzale“*, die wohl dazu gedacht ist, lächerlich-rückschrittlich zu wirken. Im politischen Kontext bezeichnet der baskische Begriff *„Abertzale“* jemanden, der sich für die Unabhängigkeit des Baskenlandes einsetzt. Eine vernünftige Übersetzung ist beispielsweise *„linke Unabhängigkeitsbewegung“* oder auch *„patriotische Linke“*.

200.000 Terroristen

Dass das Verbot *„ziemlich vielen Wählern“*, nämlich etwa 20% der wahlberechtigten Bevölkerung, ihr demokratisches Wahlrecht entzieht, scheint Herrn Cáceres eher zu belustigen, wissen *„die Sympathisanten der ETA nun nicht mehr, wen sie wählen sollen bei den nächsten Regionalwahlen“*. So einfach erklärt die SZ mal schnell über 200.000 Basken zu Terroristen, deren Bürgerrechte ganz offensichtlich nichts wert sind.

Anstelle der Alarmglocken, die läuten müssten, wenn ein Staat diejenigen kriminalisiert und zu horrenden Haftstrafen verurteilt, die Foltervorwürfe dokumentieren und Folter anprangern, ignoriert Herr Cáceres bewusst, dass auch *Amnestie International* und die *UN Menschenrechtskommission* zum Thema Folter schwere Vorwürfe gegen den spanischen Staat erheben.

Er schreibt zur Verurteilung von 21 Mitgliedern der von ihm als *„Gefangenen-Hilfstruppe“* geschmähten Bewegung *Gestoras pro Amnistia*:

„Die Gruppe wurde als terroristische Vereinigung eingestuft. Sie hatte sich hervorgetan durch die Veröffentlichung von Foltervorwürfen gegen spanische Polizisten. Madrid hat diese Vorwürfe bestenfalls träge verfolgt.“

Hervorgetan? Träge verfolgt? Folter ist kein Kavaliersdelikt! Fünf Tage lang hat die berüchtigte spanische Polizeieinheit *Guardia Civil* Personen, die unter Terrorverdacht verhaftet werden, ohne jeden Kontakt zur Außenwelt in ihrer Gewalt. Alle Foltervorwürfe betreffen diese Zeitspanne. Von AI und UN gibt es Vorschläge zur Video-Überwachung dieser Periode. Die spanische Regierung hat sich bisher allen Vorschlägen widersetzt.

Dreißig Foltervorwürfe gab es im Baskenland allein in diesem Jahr. Die Opfer werden

meistens nach der Verhaftung in die Guardia-Civil-Zentrale ins 500 km entfernte Madrid gebracht. Sie berichten über tagelange Schläge, Schlafentzug, über Nacktheit und verbundene Augen bei Verhören, über sexuelle Demütigung und Bedrohung, über Erstickungsanfälle durch Plastiktüten, die man ihnen über den Kopf zieht. Sie berichten von vorgefertigten Geständnissen, zu deren Unterschrift man sie zwingt.



Protest: Incommunicado Haft = Gefahr der Folter

Unter Folter erzwungene Aussagen als Beweise

Solche Geständnisse sind dann vor dem Sondergericht verwertbar und werden als Zeugenaussagen auch dann verwendet, wenn der „Zeuge“ Folter angezeigt hat und später den Wahrheitsgehalt der „Zeugenaussage“ bestreitet.

Diese Kooperation zwischen Polizei und Sonderjustiz gab es auch im Gestoras-Prozess. Eine Aussage, der zufolge einer der Angeklagten einen Rekrutierungs-Brief der ETA an den Zeugen weitergereicht habe, war vor Jahren bereits widerrufen worden und wurde laut Aussage des „Zeugen“ unter Folter erzwungen. Trotzdem dient die Aussage im Prozess als Beleg für die Existenz terroristischer Verflechtungen. Und Herr Cáceres schreibt:

„Das Tribunal räumte zwar ein, dass die Gestoras Leute keine Waffen tragen. Für unbestritten halten die Richter aber, dass sie als Kommunikationsröhre zwischen ETA-Häftlingen und der ETA-Führung dienen, im Untergrund agieren und umstürzlerische Ziele verfolgen.“

Dann sind es also doch nur Terroristen, gegen die Madrid „wieder größere Härte walten lässt“. Kein Grund zur Besorgnis, das ist die Botschaft der SZ. Wir können es uns nicht leisten, dass unsere Regierung und unsere Medien Demokratieverletzungen und Menschenrechtsverletzungen in Europa totschweigen und sie nur dort zum Thema machen, wo sie als nützliche Waffe in der politischen Auseinandersetzung benötigt werden.

Aufruf zum Protest



Im Baskenland haben zweihundert Personen, politische Aktivisten, ehemalige Gefangene, Familien von im Exil lebenden Basken, Folteropfer und Familien, deren Angehörige durch Todesschwadronen ermordet wurden, gemeinsam am 20. September in einer öffentlichen Pressekonferenz zu einer Großkundgebung gegen den Ausnahmezustand für den 4. Oktober in Bilbo (spanisch Bilbao) aufgerufen.

Sie zeigen mutig ihr Gesicht und weigern sich, sich durch die Verbote in die Illegalität drängen zu lassen. Ihr Motto für die Demonstration:

**„Gemeinsam gegen den Ausnahmezustand!
Das Baskenland braucht Freiheit!“**